

Berliner Nachrichten

Dezember 2006



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Inhalt

Huthmachers St(r)icheleien	2
Innenstadtprojekte schneller planen	2
Tabakgesetz geändert	3
Rentenversicherung nicht über 19,9%	3
Nein zur Kapitalprivatisierung der Bahn	4
Nein zum OEF-Mandat	4
Co ² -Gebäudesanierungsprogramm	4
Extrasteuer für Wohnmobile	5
Wohnmobile: Es trifft die Falschen	5
Klimawandel: Die Zeit nach Kyoto	5
Huthmachers St(r)icheleien	6
Gegen Gewalt gegen Frauen	6
Tourismus als kommunale Pflichtaufgabe	7
Unternehmens-Abwanderung erschwert	7
Vier Milliarden Euro mehr für Kommunen	8
Präventionspreis 2007	8
Bundeshaushalt 2007 beschlossen	9
Kanzlerintante aus Baiersbronn	12
Impressum	12

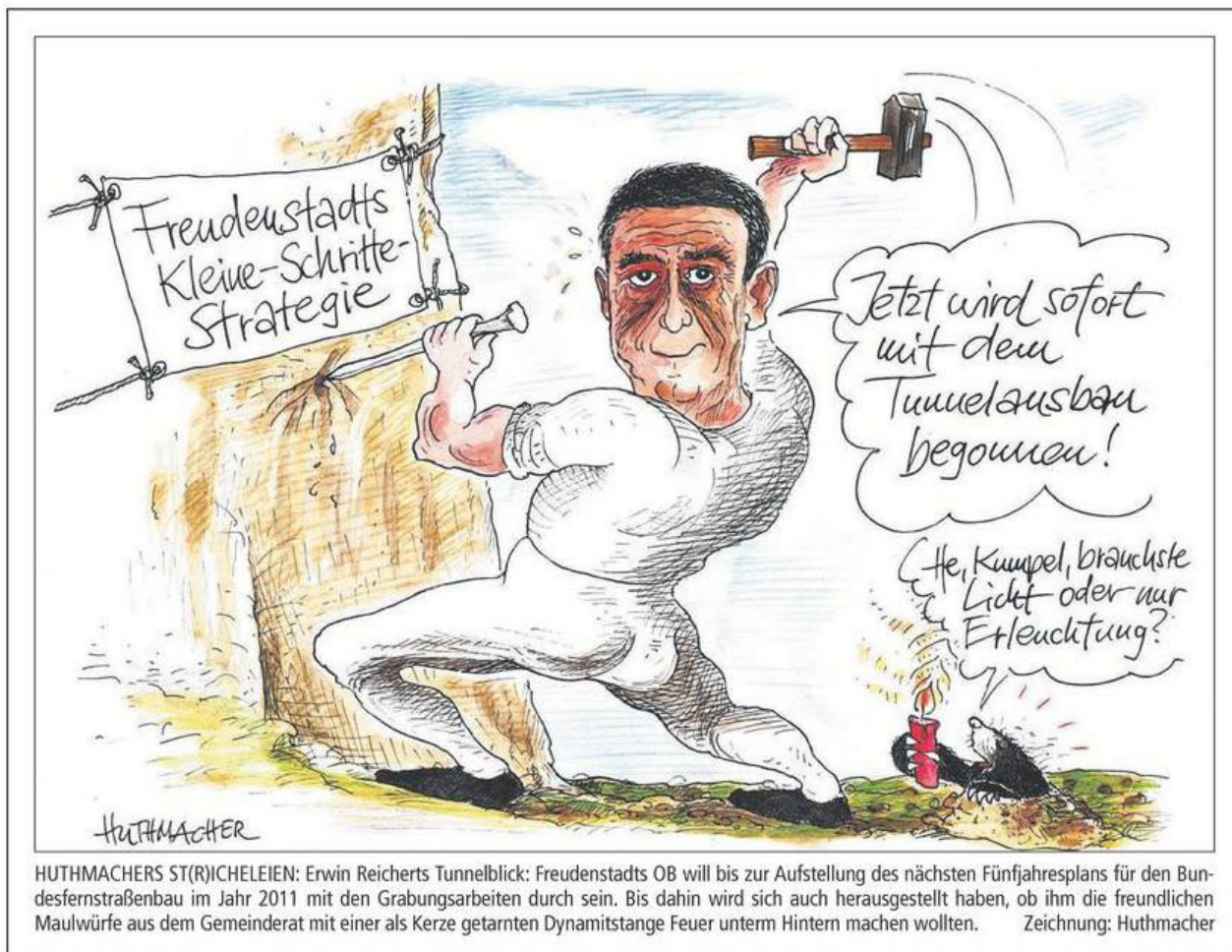
*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist im November auf unter vier Millionen gesunken, die Politik hat ihren Teil dazu beigetragen. Das 25-Milliarden-Programm des Bundes hat geholfen, private Investitionen anzuregen und Arbeitsplätze beim Handwerk und in der Industrie zu schaffen. Um es mit den Worten von Franz Müntefering zu sagen: Gute Gründe für Zuversicht und erhöhte Anstrengungen.

Der in der letzten Novemberwoche abschließend beratene Bundeshaushalt weist die niedrigste Nettoneuverschuldung seit der Vereinigung auf.

Zuletzt ein Hinweis, der mir wichtig ist: Im Bundestag habe ich gegen die Verlängerung der „Operation Enduring Freedom“ gestimmt.

*Solidarische Grüße!
Eure Renate*



Diese Karikatur von Dieter Huthmacher erschien am 24. November in der Südwest Presse Horb

Innenstadt-Bauprojekte sollen künftig einfacher und schneller geplant werden

Der Bundestag hat einen Gesetzentwurf zur Erleichterung von Planvorhaben für die innerstädtische Entwicklung beschlossen. Ziel dieser Änderung des Baugesetzbuchs ist eine erhebliche Vereinfachung und Beschleunigung entsprechender Vorhaben.

Unter bestimmten Bedingungen ist ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben in Innenstädten möglich. Die förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) entfällt künftig für Projekte, die brachliegende, innerstädtische Grundstücke wieder nutzbar machen. Damit begünstigt das beschleunigte Verfahren Projekte, die der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung und dem Umbau vorhandener Ortsteile dienen. Projekte bis 20.000 Quadratmeter Grundfläche können von der UVP

freigestellt werden. Bei Bauvorhaben zwischen 20.000 und 70.000 Quadratmetern muss erst eine Vorprüfung zu dem Ergebnis führen, dass keine umweltschädlichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Darüber hinaus wird die Mehrstufigkeit von Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligungen auf ein einstufiges Verfahren zurückgeführt. So werden wichtige Planungsvorhaben mit positiven Effekten auf Arbeitsplätze, Wohnungsmarkt und Infrastrukturausstattung wesentlich vereinfacht und beschleunigt. Das Gesetz wird Investitionen im Stadtzentrum erleichtern und damit ein zentrales Anliegen der Stadtentwicklung aufgreifen.

Vorläufige Änderung des Tabakgesetzes: Einschränkungen bei der Werbung

Der Bundestag hat den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes beschlossen. Nach dem Gesetzentwurf dürfen Tabakerzeugnisse künftig nicht mehr in Zeitungen, Zeitschriften, im Internet sowie im Hörfunk beworben werden.

Darüber hinaus sind Sponsorings von Veranstaltungen mit Fernsehübertragung, von Hörfunkprogrammen sowie von Veranstaltungen oder Aktivitäten, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind oder die eine grenzüberschreitende Wirkung haben, untersagt. Ebenfalls ist künftig die kostenlose Verteilung von Tabakerzeugnissen verboten. Werbung für Tabakerzeugnisse ist künftig nur in Printmedien erlaubt, die sich an im Tabakhandel Tätige richten oder für Drittländer bestimmt sind.

Durch den Gesetzentwurf soll die Richtlinie 2003/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rats vom 26. Mai 2003 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Werbung und Sponsoring zugunsten von Tabakerzeugnissen in nationales Recht umgesetzt werden. Frist für die Umsetzung der Richtlinie war der 31. Juli 2005. Deutschland hatte am 10. September 2003 in dieser Sache Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union eingereicht und beantragt, die Artikel 3 und 4 für nichtig zu erklären. Die Klage entbindet jedoch nicht von der Verpflichtung, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Am 24. August 2006 hatte die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof gegen die Bundesrepublik Deutschland Klage erhoben, weil die Umsetzungsfrist der Richtlinie abgelaufen war.

Die Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung steigen nicht über 19,9 Prozent

Die Koalitionsfraktionen haben im November über die Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beiträge und Beitragszuschüsse in der Alterssicherung der Landwirte für das Jahr 2007 beraten.

Ein wesentliches Ziel der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen im Rahmen der Rentenpolitik ist es, den Beitragssatz der allgemeinen Rentenversicherung bis zum Jahr 2009 nicht über 19,9 Prozent ansteigen zu lassen.

Der Beitragssatz der allgemeinen Rentenversicherung ist unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben nach der geltenden Rechtslage so zu gestalten, dass die Mindestnachhaltigkeitsrücklage zum Jahresende 0,2 Monatsausgaben erreicht. Um diese Verpflichtung einzuhalten, wäre der

Beitragssatz 2007 auf 19,7 Prozent angestiegen. Nach derzeitiger Einschätzung hätte dies zur Folge gehabt, dass er für das Jahr 2008 bereits 19,9 Prozent überstiegen und bei 20,1 Prozent gelegen hätte. Wird der Beitragssatz bereits 2007 auf 19,9 Prozent festgesetzt, ergibt sich zum Jahresende 2007 eine höhere Nachhaltigkeitsrücklage, so dass nach den derzeitigen Annahmen der Beitragssatz von 19,9 Prozent auch ohne zusätzlichen Finanzierungsbedarf in den darauf folgenden Jahren gehalten werden kann.

Der Beitragssatz in der knappschaftlichen Rentenversicherung beträgt ab 1. Januar 2007 26,4 Prozent. Der Einheitsbeitrag in der Altersversicherung der Landwirte steigt in den alten Bundesländern von 199 Euro auf 204 Euro monatlich an. In den neuen Bundesländern steigt der Beitrag von 168 Euro auf 176 Euro monatlich.

„Zu ungenau und widersprüchlich“: Ein Nein und eine persönliche Erklärung zur Kapitalprivatisierung der Bahn

Den von SPD und CDU/CSU im Bundestag vorgelegten Antrag zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG habe ich abgelehnt. Damit verwahre ich mich gegen eine vorweggenommene grundsätzliche Zustimmung.

Bis 31. März 2007 soll das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Referentenentwurf eines Privatisierungsgesetzes vorlegen – das beinhaltet der von den Regierungsfractionen im Bundestag vorgelegte Antrag. Das Gesetz soll die Modalitäten der Kapitalprivatisierung regeln und dabei die im Antrag formulierten Zielsetzungen berücksichtigen. Diese Zielsetzungen ist mir zu ungenau und widersprüchlich. Geht es nach dem

Operation Enduring Freedom – ich habe dagegen gestimmt

Der Bundestag hat die Fortsetzung der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) beschlossen. Ich habe gegen die Verlängerung des Einsatzes gestimmt.

Die OEF hat 2001 begonnen. Aufgabe der Operation ist das multilaterale Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus und seine Unterstützer. Das Mandat erlaubt auch Einsätze der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan.

Das jetzt beschlossene Mandat senkt die Obergrenze für die Zahl der Bundeswehr-Soldaten von derzeit 2.800 auf 1.800. Zudem wird explizit eine Unterrichtung des Parlaments über die Mission festgehalten. Die OEF besteht derzeit aus zwei weitgehend unabhängigen Teiloperationen – die eine ist in Afghanistan, die andere im Seegebiet am Horn von Afrika.

Der deutsche Beitrag zur OEF-Teiloperation am Horn von Afrika besteht im Wesentlichen aus einem Marinekontingent, das von Dschibuti aus operiert. Zurzeit ist die Deutsche Marine mit zwei Einheiten am Horn von Afrika im Einsatz.

Antrag, bleibt der Bund Eigentümer des Schienennetzes sowie der Bahnhöfe und weitere Immobilien. Gleichzeitig würde deren Bilanzierung der Bahn AG übertragen. Der Bund würde in einer solchen Konstellation Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten verlieren. Eine solche Regelung könnte nicht mit dem Grundgesetz (Infrastrukturauftrag, Artikel 87e) zu vereinbaren sein. Eine Bilanzierung der Schieneninfrastruktur bei der Deutschen Bahn AG scheint einer Sicherung des staatlichen Eigentums an der Eisenbahninfrastruktur sowie der staatlichen Verantwortung für die flächendeckende Gewährleistung derselben entgegenzustehen und könnte dann auch nicht den verkehrlichen Zielen der Bahnreform von 1994 gerecht werden.

Zuschüsse für die Sanierung öffentlicher Gebäude

Von Januar 2007 an erhalten Kommunen für die CO²-Gebäudesanierung verbilligte Kredite von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

In der Zeit von 2007 bis 2009 stellt die Bundesregierung jährlich 200 Millionen Euro bereit. Dieses Geld soll vor allem zur Sanierung von Kindergärten, Schulen und Schulturnhallen verwendet werden.

Das CO²-Gebäudesanierungsprogramm ist zum Motor für Arbeit im Baugewerbe“ geworden. Mit jeder in die Gebäudesanierung investierten Milliarde werden 25.000 Arbeitsplätze geschaffen. Zusammen mit der Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum“ der KfW sind bis Ende August mehr als 7,5 Milliarden Euro Darlehen zugesagt worden, die Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro ausgelöst haben. Damit wird die Sanierung von mehr als 400.000 Wohnungen mitfinanziert. Das CO²-Gebäudesanierungsprogramm nützt dem Handwerk, der Umwelt und dem Stadtkämmerer. Durch die Sanierung von Fassade, Dach, Heizung und Fenster können bis zu 25 Prozent an Energie gespart werden.

Künftig werden Wohnmobile extra besteuert

Der Bundestag hat den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes beschlossen. Der vom Bundesrat vorgelegte Entwurf ist gemäß Empfehlungen des federführenden Finanzausschusses geändert worden.

Wohnmobile werden künftig in einer eigenen Fahrzeugkategorie erfasst. Wohnmobile, die ein dauerhaftes oder vorübergehendes Wohnen gestatten, sind danach von „unechten“ Wohnmobilen zu unterscheiden, deren gesamte Bauart die eines Personenkraftwagens ist. Letztgenannte werden weiterhin wie Pkw besteuert, während für Wohnmobile ein gesonderter Steuertarif nach dem Emissionsverhalten und dem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht eingeführt wird. Besteuert wird nach drei abgestuften Tarifen mit jeweils verkehrsrechtlichen Schadstoffklassen. Dadurch soll ein Anreiz für möglichst emissionsreduzierte Fahrzeuge geschaffen werden. Für „echte“ Wohnmobile bis 2,8 Tonnen Gesamtgewicht kommt es zu Entlastungen. Das geschätzte Steuermehraufkommen der Länder aus der Wohnmobilbesteuerung wurde durch die vom Bundestag vorgenommenen Änderungen um 20 Millionen Euro/Jahr verringert. Die begrifflichen Klarstellungen werden zum 1.5.2005 wirksam. Für die Wohnmobilbesteuerung gilt eine Übergangsbestimmung: Es gilt für die Zeit vom 1.5. bis 31.12.2005 die alte Rechtspraxis. Rückwirkend ab 1.1.2006 gilt der neue Steuertarif.

Meine Meinung zur „Wohnmobilsteuer“:

Es trifft die Falschen

Die von den Bundesländern geplante drastische Steuererhöhung für die Eigentümer von Wohnmobilen fällt geringer aus. Ich bin aber auch gegen diese moderate Erhöhung. Sie ist ungerecht. Sie trifft vor allem die typischen Camperfamilien mit Kindern, die sich das neueste, topmoderne und schadstoffarme Wohnmobil gar nicht leisten können.

Hintergrund dieser Regelung ist die ursprünglich richtige Initiative, das Steuerprivileg für Geländewagen abzuschaffen. Gradistanac: „Die Bundesländer haben sich hier eine Einnahmequelle erschlossen. 70 Millionen Euro sind hier jährlich zu holen.“ Die Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion indes habe sich für eine „aufkommensneutrale Regelung“ eingesetzt, um siehe oben, gerade die Camper-Familien vor einer weiteren Belastung zu bewahren.

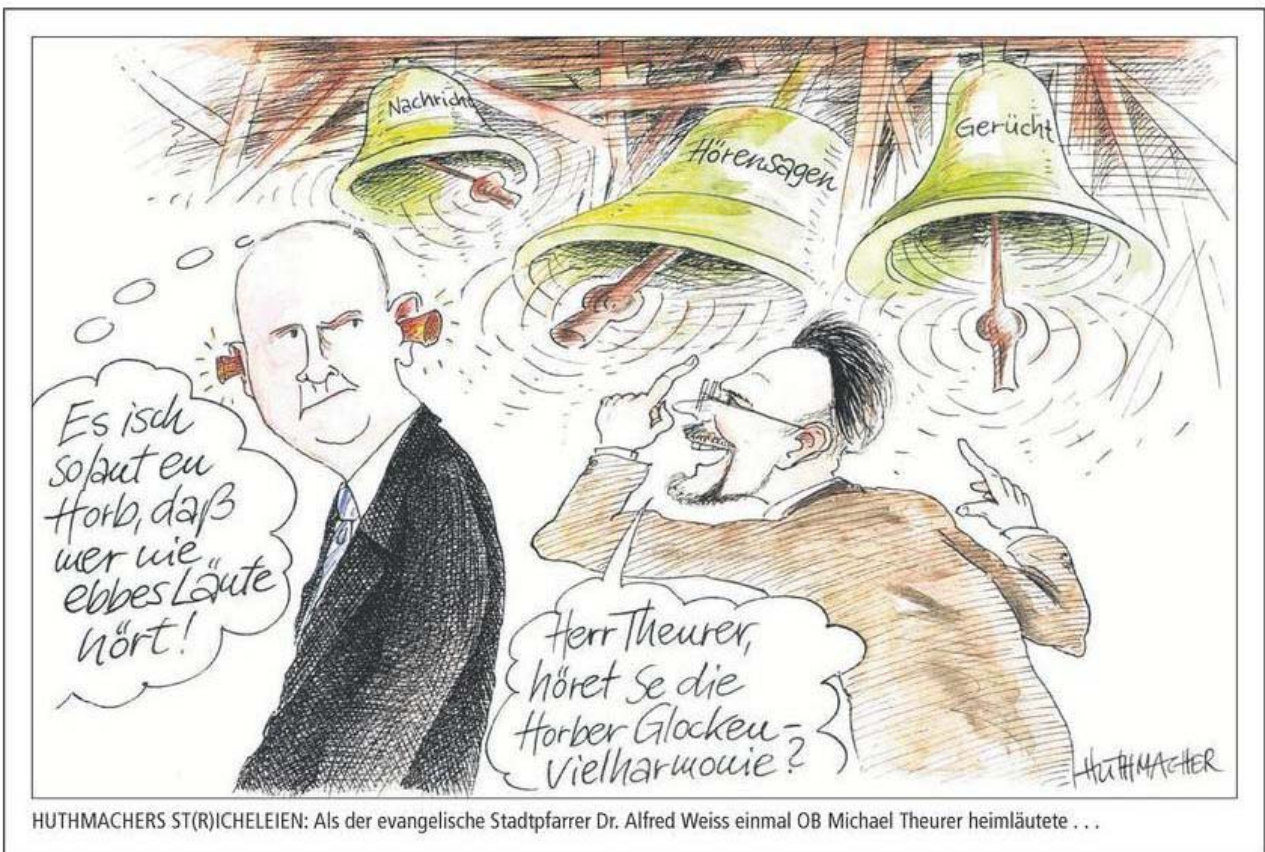
Das haben wir leider nicht erreicht – die Länder haben nicht nachgegeben, sie profitieren auch als einzige von dieser Steuererhöhung. In dem nun geschlossenen Kompromiss soll für Wohnmobile gesonderter kraftfahrzeugsteuerlicher Tarif eingeführt werden, der sich an Gewicht und Schadstoffausstoß orientiert. Die Länder können nur noch 50 Millionen Euro jährlich abschöpfen. Ich halte dies immer noch für zu hoch, aber ich habe dem Kompromiss zugestimmt, um schlimmeres zu verhindern.

Klimawandel: Die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll gestalten

Der Bundestag hat den Antrag der Koalitionsfraktionen „Die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll gestalten - entschieden dem Klimawandel entgegenzutreten“ beschlossen.

Wird der Trend weltweit nicht gestoppt, droht eine Steigerung der CO₂-Emissionen bis 2030 von zirka 20 auf 38 Milliarden Tonnen. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, sich in künftigen Verhandlungen über eine Fortsetzung der globalen Klimaschutzpolitik nach 2012 dafür einzusetzen, dass die Industrieländer bis 2009 ein anspruchsvolles Klimaregime unter Ausbau der Kyoto-Architektur für die Zeit nach 2012 entwickeln. Es ist allgemein anerkannt, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius des vorindustriellen Niveaus begrenzt werden muss. Der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung

globale Umweltveränderungen“ schlägt vor, dass die Geschwindigkeit ihres Anstieges 0,2 Grad Celsius pro Dekade nicht überschreiten darf. Nur dann lassen sich die Auswirkungen zunehmender Extremwetterereignisse, Störungen des globalen Wasserkreislaufes, ein Anstieg des Meeresspiegels und irreversible Verluste an biologischer Vielfalt vermeiden. Die Einhaltung des Zwei-Grad-Zieles soll laut Antrag international verbindlich sein. Deutschland müsse weiterhin seine Vorreiterrolle wahrnehmen, um bei den Entwicklungsländern Vorbehalte abzubauen und Kooperationsbereitschaft zu bilden. Im Rahmen der EU sind konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung des internationalen Klimaschutzes nach 2012 notwendig ebenso strategische Partnerschaften mit Ländern wie beispielsweise China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika.



HUTHMACHERS ST(R)ICHELEIEN: Als der evangelische Stadtpfarrer Dr. Alfred Weiss einmal OB Michael Theurer heimläutete . . .

Diese Karikatur von Dieter Huthmacher erschien am 28. Oktober in der Südwest Presse Horb

Zum internationalen Tag „Gegen Gewalt gegen Frauen“: Ich wünsche mir mehr Empörung

Als stellvertretende frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion habe ich anlässlich des internationalen Tages „Gegen Gewalt gegen Frauen“ am 25. November eine breite öffentliche Kampagne gefordert.

Ich begrüße die Kampagne „Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Alle Mitglieder des Deutschen Bundestags sind aufgerufen, offensiv für den Gewaltschutz einzutreten und öffentlich und mit Nachdruck dafür zu werben – jeder in seinem und jede in ihrem Wahlkreis, vor Ort, bei den Menschen, den vielen Frauen, die Hilfe brauchen, unsere entschiedene Solidarität und unsere nachhaltige Ermutigung, dieses Tabuthema öffentlich zu machen.

Das Frauenhaus im Landkreis Calw besteht 2007 im fünfzehnten Jahr. Ich bin heute noch stolz darauf, das Frauenhaus damals mitbegründet zu haben. Seither hat sich viel getan – etwa die öffentlichen Angebote vor Ort (Beratungs- und Anlaufstellen, Runde Tische) und der von der rot-grünen Regierung aufgestellte Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen, dessen Kernstück das Gewaltschutzgesetz ist.

Gut gelungen ist die Vernetzung der Behörden, besonders die Zusammenarbeit mit der Polizei. All dies sind Instrumente, um häusliche Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, aber das genügt nicht. Ich wünsche mir mehr öffentliche Empörung beim Thema Gewalt gegen Frauen. Wir müssen erreichen, dass Gewalt gegen Frauen nicht länger als gegeben hingenommen und verschwiegen wird.

Tourismus als kommunale Pflichtaufgabe

Renate Gradistanac leitete den Tourismus-Workshop „Urlaub auf Rädern“

Tourismus muss zur kommunalen Pflichtaufgabe werden – dies war eine von mehreren Forderungen und Empfehlungen der Tourismuswirtschaft an die Politik bei der Konferenz „Mobil in den Urlaub – Mobil am Urlaubsort“ in Berlin.

Renate Gradistanac, stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, und ihre Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe Tourismus diskutierten mit rund 70 Vertreterinnen und Vertretern der Tourismuswirtschaft in Deutschland.

Bei dem von Renate Gradistanac geleiteten Workshop „Tourismus auf der Straße/Urlaub auf Rädern“ standen politische Forderungen neben praxisnahen Wünschen und Empfehlungen. Die Zeiten seien vorbei, in denen es ausreichte, Herbergen zu bauen, um die pünktlich zu Saisonbeginn anreisenden Gäste unterzubringen. Mehrsprachigkeit der Anbieter müsse selbstverständlich sein, auch Stadt- und Kreisverwaltungen müssten den Aktionsradien des Gastes im Blick haben und nicht ihre Verwaltungsgrenze.

Gradistanac mahnt eine Änderung im Denken an: In der Kommunalverwaltung müsse der

Tourismus von der bislang freiwilligen Aufgabe zur Pflichtaufgabe befördert werden. „Wer den Tourismus nebenbei erledigen will, hat nicht begriffen, dass der Tourismus die Leitökonomie der Zukunft ist. Die Tourismuswirtschaft in Deutschland zählt mittlerweile mehr Beschäftigte als die Automobilindustrie.“

Falsch sei es, wenn Städte im Zentrum Verbotstafeln aufstellten, aber keine Wegweiser zu Stellflächen für Wohnmobilen und Reisebussen. „Anbieten anstatt verbieten“ forderten die Verbände und verwiesen auf die großflächigen Werbetafeln („Historische Altstadt“) entlang der Autobahn. Die sollten freilich auch sparsam eingesetzt werden.

Das Resümee der Konferenz richtete sich an Veranstalter, Verbände und Politik gleichermaßen: Der demographische Wandel – die zunehmende Alterung der Gesellschaft – ist die große Herausforderung auch für den Tourismus. Gerade Tourismusregionen müssen komfortabel („barrierefrei“) erreichbar sein, egal, ob man per Flugzeug, Bahn oder Auto anreist. „In dieser Hinsicht“, sagt Renate Gradistanac, „haben wir alle miteinander noch viel zu tun.“ (Pressemitteilung vom 5.12.06)

Die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland wird erschwert

Der Bundestag hat in 2./3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (SEStEG) beschlossen. Ziel des Gesetzes: die Steuerbasis in Deutschland zu stärken und einen Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts zu leisten, soweit es sich um grenzüberschreitende Sachverhalte handelt.

Die oft beklagte Abwanderung von Unternehmen wird mit dem Gesetz erschwert und zumindest – wenn sie denn nicht zu verhindern ist – nicht kostenlos zugelassen. Das SEStEG ermöglicht künftig grenzüberschreitende Umwandlungen und erleichtert den Unternehmen die freie Wahl der Rechtsform. Damit wird ein wichtiger Anreiz geschaffen, Unternehmen wieder in Deutschland

anzusiedeln, hier zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Das Steuerrecht wird vereinfacht. Die Sicherstellung des deutschen Besteuerungsrechts bei grenzüberschreitenden Sachverhalten ist verstreut in Einzelgesetzen geregelt oder beruht gar auf der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, die durch Verwaltungsanweisungen umgesetzt werden muss. Diese Regelungen werden nunmehr systematisch zusammengefasst. Bei grenzüberschreitenden Umwandlungen sollen Verluste einer Kapitalgesellschaft nicht mehr an eine andere Körperschaft übergehen können. Der Steuerstandort Deutschland soll vor dem Import von Verlusten durch grenzüberschreitende Umwandlungen geschützt werden. Das deutsche Steuerrecht wird an neuere EU-rechtliche Entwicklungen im Gesellschafts- und im Steuerrecht angepasst.

Bessere Zeiten für Kommunen: Knapp vier Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen als noch im Mai prognostiziert

Drei Ereignisse im November lassen die Kommunen wieder optimistischer in die Zukunft schauen.

1. Die jüngste Steuerschätzung weist für Städte und Gemeinden fast vier Milliarden Euro Mehreinnahmen für dieses Jahr gegenüber der Schätzung vom Mai 2006 aus. Auch für 2007 rechnen die Experten mit einem zusätzlichen Wachstum der Einnahmen von 3,7 Milliarden Euro. Die auf knapp 38 Milliarden Euro gestiegene Gewerbesteuer trägt wesentlich zu diesem guten Ergebnis bei. Auch Lohn-, Einkommens- und Umsatzsteuer sind deutlich im Plus.
2. Die Einigung zwischen Bund und Ländern bei den Kosten der Unterkunft bringt den Kommunen ebenfalls mehr Geld in die Kassen. Statt wie bisher 29,1 Prozent übernimmt der Bund zukünftig 31,8 Prozent und bezahlt damit 4,3 Milliarden Euro. Ein fairer Kompromiss, der gewährleisten sollte, dass die Kommunen insgesamt um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden, wenn auch die Länder endlich ihre Entlastung beim Wohngeld vollständig an die Kommune weiterreichen. Für die Jahre 2007 bis 2010 wurde zudem verabredet, dass der Bund seinen Zuschuss erhöht, wenn die Anzahl der Bedarfshaushalte steigt. Sinkt sie um ein Prozent, verringert sich die Bundesbeteiligung um 0,7 Prozent.

Die Länder möchten den Zuschuss hingegen an die tatsächlich anfallenden Kosten koppeln. Eine Lösung sollte in der Gesetzgebung bis Jahresende gefunden werden können.

3. Sehr effektiv und nahezu geräuschlos hat die Koalitionsarbeitsgruppe zur Unternehmenssteuerreform ein Konzept erarbeitet. Für die SPD-Bundestagsfraktion war dabei besonders wichtig, die Gewerbesteuer zu erhalten und weiter zu stabilisieren. Peer Steinbrück, Barbara Hendricks, Joachim Poss, Jörg-Otto Spiller sowie die Finanz- und Kommunalpolitiker der Fraktion hatten sich dafür stark gemacht und sich schließlich durchgesetzt. Die Gewerbesteuer wird keine Gewinnsteuer. Im Gegenteil.

Neben die Hinzurechnungen der Dauerschuldzinsen treten nun auch die Finanzierungskostenanteile in Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren – eine langjährige Forderung von Städten und Gemeinden. Steuergestaltung grenzüberschreitender Unternehmen wird so deutlich erschwert. Um das Aufkommen der Gewerbesteuer zu halten, soll der Hinzurechnungssatz einheitlich 25 Prozent betragen und die Messzahl von fünf auf 3,5 abgesenkt werden. Rechnungen müssen noch belegen, dass diese Annahmen zutreffen. Auf ein positives Echo stieß der Reformentwurf bei Städtetag und Gemeindebund. Beide versprechen sich konjunkturunabhängigere Einnahmen.

„Prävention stärken – lokal und regional“

Komplett 50.000 Euro Preisgeld liegen bereit, um vorbildliche regionale und kommunale Projekte auszuzeichnen. Das Motto in diesem Jahr lautet: „Prävention stärken – lokal und regional“. Preiswürdig sind Initiativen zur Förderung eines gesunden Lebensstils. Gesucht werden vor allem auch Projekte, die in den Kommunen auf der politischen Ebene verankert sind. Projekt und Initiative der Prävention und Gesundheitsförderung könnten

so unterstützt werden und nachhaltig wirken. Bundesgesundheitsministerium, Bertelsmann-Stiftung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung loben den Preis aus. Die Projekte können in der Zeit vom 20. November bis 21. Dezember eingereicht werden. Zum Stichtag der Bewerbung müssen die Projekte seit mindestens einem Jahr umgesetzt sein. Weitere Informationen: www.deutscher-praeventionspreis.de.

Der Bundeshaushalt 2007 ist beraten und beschlossen

In der letzten Novemberwoche wurde der Bundeshaushalt 2007 im Deutschen Bundestag abschließend beraten. Die zwei Säulen unserer finanzpolitischen Strategie, den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu setzen, stehen auf festem politischen Fundament. Der Dreiklang der Koalitionsvereinbarung „Konsolidieren, Reformieren, Investieren“ wird mit dem Bundeshaushalt 2007 erfüllt.

Die Konsolidierung gewinnt an Fahrt: Durch systematische Verbesserungen auf der Einnahmenseite und konsequente Einsparungen auf der Ausgabenseite werden beide zentralen finanzpolitischen Eckpfeiler, die Regelgrenze des Artikel 115 des Grundgesetzes sowie das Maastricht-Defizitkriterium, erstmals seit 2001 wieder eingehalten.

Gleichzeitig werden die Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch die Fortführung des 25-Milliarden-Euro-Programms und im Rahmen dessen durch das 6-Milliarden-Euro-Programm zur Stärkung von Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2007, aber auch im Finanzplan bis 2010 konsequent fortgesetzt.

Ziele bei den Beratungen des Bundeshaushaltes 2007

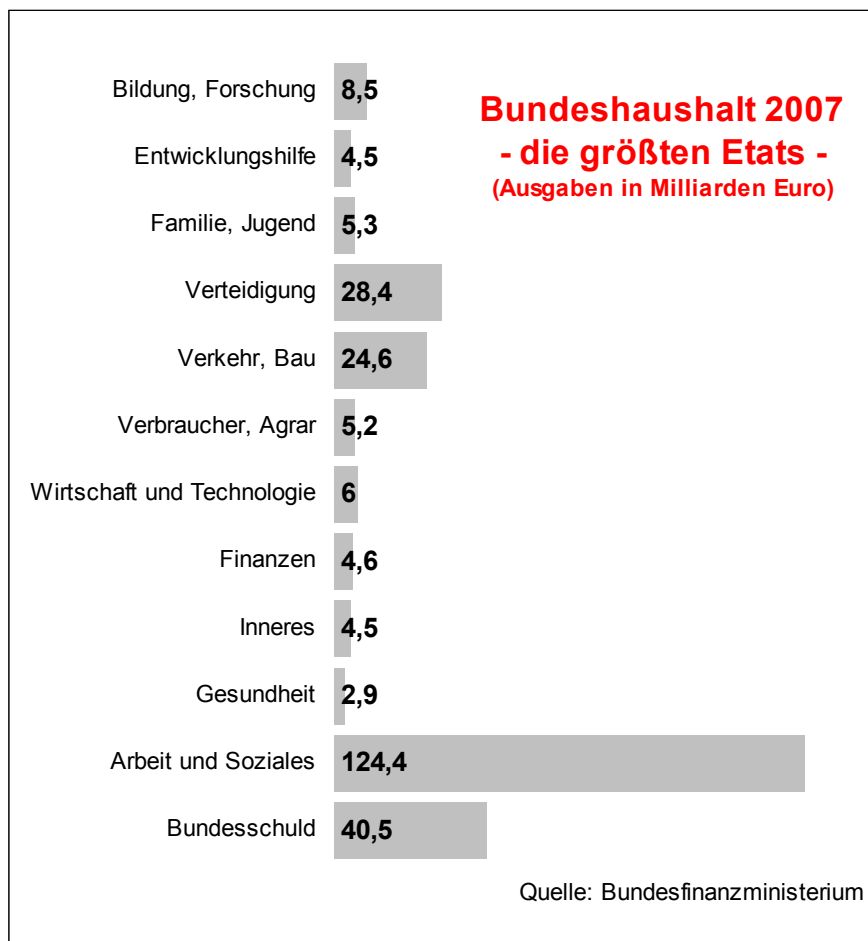
1. Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik und -strategie der SPD fortsetzen und die Neuverschuldung des Bundes so rasch und deutlich senken, wie es politisch vertretbar ist. Damit soll ein ausgeglichener Bundeshaushalt in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden – das wichtigste Signal für Generationengerechtigkeit. Investitionen deutlich stärken und konsumtive Ausgaben zurückführen.
2. Die politischen Schwerpunkte, die in der Großen Koalition gesetzt werden, auch im Haushalt spiegeln und deren Finanzierung gewährleisten. Die SPD steht für einen starken und handlungsfähigen Staat, der gestaltet und nicht nur verwaltet.
3. Die besondere Verantwortung für Wachstum, vor allem aber für Beschäftigung und den Arbeitsmarkt deutlich machen und Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf hohem Niveau erhalten, damit die, die Arbeit suchen und brauchen, weiterhin alle Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen.

Eckwerte des Haushalts

Die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2007 belaufen sich auf 270,5 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben betragen 23,95 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Haushaltsentwurf um 2,4 Milliarden Euro gesenkt auf nunmehr 19,58 Milliarden Euro – das ist der niedrigste Wert seit der Vereinigung.

Zugleich hat sich die Einnahmesituation des Bundeshaushaltes deutlich verbessert. Nach der Steuerschätzung vom 3. November 2006 werden die Steuereinnahmen in 2007 gegenüber dem Regierungsentwurf um 6 Milliarden Euro auf insgesamt 220,53 Milliarden Euro steigen.

Konjunkturelle Entwicklung und Steuermehreinnahmen



Die Rahmenbedingungen des Haushalts 2007 waren überraschend positiv. Dies belegt erneut, dass der Bundeshaushalt 2006 ein Haushalt des Übergangs war und die Strategie Erfolg hatte, zur Abwehr einer drohenden Störung des gesamten wirtschaftlichen Gleichgewichts mehr Schulden zu machen, als wir für Investitionen ausgegeben haben. Dadurch hat der Bundeshaushalt 2006 für den nötigen Rückenwind gesorgt, der gebraucht wurde.

Die Wachstumsdynamik hat sich erhöht, die Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur haben sich ausgezahlt. Denn die gute konjunkturelle Entwicklung und die daraus folgende verbesserte Einnahmesituation für den Gesamtstaat in 2006 wird sich auch im Jahr 2007 fortsetzen. Nach der Steuerschätzung vom November werden für den Gesamtstaat in 2007 Steuermehreinnahmen von 18,5 Milliarden Euro zu erwarten sein, davon 8 Milliarden Euro für den Bund. Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurden davon bereits 2 Milliarden Euro berücksichtigt. Diese Schätzung

ist vorsichtig und konservativ, sie unterstellt für 2007 ein Wachstum von 1,4 Prozent (der Sachverständigenrat rechnet mittlerweile mit 1,8 Prozent Realzuwachs). Die positive Grundmelodie der Steuermehreinnahmen wird begleitet von guten Meldungen aus den Sozialversicherungen: Die Bundesagentur für Arbeit wird in 2006 einen Überschuss von ca. 9,6 Milliarden Euro erzielen, die Deutsche Rentenversicherung wird Mehreinnahmen von zirka elf Milliarden Euro zu verzeichnen haben.

Dabei ist jeweils ein nicht unerheblicher „Einmaleffekt“ zu berücksichtigen (durch das Vorziehen der Fälligkeit der Arbeitgeberbeiträge bei der BA ca. 3,1 Milliarden Euro und bei der Rentenversicherung ca. 9,5 Milliarden Euro). Gleichwohl werden genügend finanzielle Mittel übrig bleiben, um die sozialen Sicherungssysteme deutlich zu stabilisieren. Dies gilt vor allem für die Bundesagentur für Arbeit, die in den vergangenen zehn Jahren ca. 40 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen benötigt hat.

Die wichtigsten Ergebnisse der Haushaltsberatungen

- Die Neuverschuldung des Bundes sinkt von 22 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf auf jetzt 19,58 Milliarden Euro, das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.
- Die Regelgrenze des Artikels 115 GG, wonach die Neuverschuldung geringer als die Summe der Investitionsausgaben zu sein hat, wird eingehalten, ebenso wie das Maastricht-Defizitkriterium der EU. Für 2006 ist ein „Maastricht-Wert“ von 2,25 Prozentpunkten Bruttoinlandsprodukts und für 2007 ca. 2,1 Prozent zu erwarten.
- Die Ausgaben für Investitionen konnten gegenüber dem Regierungsentwurf um fast eine halbe Milliarde Euro auf nunmehr 24 Milliarden Euro gesteigert werden. Dies ist ein deutlicher Vorsprung vor der Neuverschuldung.
- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,3 Prozentpunkte mehr als ursprünglich geplant: zum 1. Januar 2007 um insgesamt 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Das heißt für einen Arbeitnehmer mit 2.500 Euro Bruttogehalt im Monat: Ab dem 1. Januar 2007 hat er monatlich 28,57 Euro mehr in der Tasche. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 17 Milliarden Euro durch die Absenkung entlastet.
- Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung werden stabilisiert: Bereits ab 2007 wird für die GKV zusätzlich eine Milliarde Euro an Zuschüssen bereitgestellt, insgesamt erhalten die Gesetzlichen Krankenkassen im nächsten Jahr damit 2,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln.

Erfolge für den Arbeitsmarkt: Die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurde auf höchstem Niveau bei 6,5 Milliarden Euro stabilisiert. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitssuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt.

Investitionen statt Konsum: Gegenüber dem Haushaltsentwurf wurden die Mittel für Investitionen um 414 Millionen Euro auf 23,96 Milliarden Euro angehoben. So wurde beispielsweise ein Ergänzungsprogramm für Bundesautobahnen im Verkehrshaushalt in Höhe von zusätzlichen 420 Millionen Euro (165 Millionen Euro in 2007) beschlossen. Zusätzlich 39 Millionen Euro werden für das Bundesumweltministerium bereitgestellt, um in 2007 noch stärker Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien fördern zu können. Die Mittel für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe), die überwiegend den neuen Bundesländern zugute kommen, wurden um 50 Millionen Euro verstärkt. Die regionale Innovationsförderung in den neuen Bundesländern wurde um 2 Millionen Euro erhöht.

Eine klare sozialdemokratische Handschrift

So wurde beispielsweise das Arbeitslosengeld II im Osten an das Westniveau angeglichen, ab 2007 wird das Elterngeld eingeführt, das Ganztagschulprogramm mit insgesamt 4 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode gewährleistet und die Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auf 19 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Zusätzlich werden 5 Millionen Euro für ein Sofortprogramm zur Förderung von Beratungsnetzwerken (Opferberatungen, Netzwerkstellen, mobile Teams) bereit gestellt. Auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz erhält 300.000 Euro mehr als im Jahr 2006.

Ausblick / Bundeshaushalt 2007

Der Bundeshaushalt 2007 ist solide, die Beratungen waren erfolgreich. Doch es muss auch daran erinnert werden, dass der Bund ein strukturelles Einnahmenproblem hat, das allein mit Einsparungen nicht zu beheben wäre. Die Gesamtlage verpflichtet weiterhin zur Verantwortung: Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts betragen zurzeit zirka 1,5 Billionen Euro, davon sind ca. 900 Milliarden Euro Schulden des Bundes. Für diesen Schuldenberg wird der Bund in diesem Jahr 37,6 Milliarden Euro an Zinsen zahlen, in 2007 werden es ca. 40,5 Milliarden Euro sein.

Zum Vergleich: Das ist jeweils mehr, als die Bundesministerien des Innern, für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für Gesundheit, für Umwelt und Naturschutz, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und für Bildung und Forschung gemeinsam ausgeben!

Ein weiteres Beispiel zur Verdeutlichung: Von den 220,5 Milliarden Euro, die der Bund an Steuern 2007 einnehmen wird, werden wir ca. 78 Milliarden Euro als Zuschuss für die Rente ausgeben, ca. 40 Milliarden Euro Zinsen für die Bundesschulden bezahlen und ca. 28 Milliarden für Verteidigung ausgeben und ca. 9 Milliarden Euro für Pensionen. Damit bleiben gerade einmal 65 Milliarden Euro übrig, um die Bundesrepublik Deutschland politisch zu gestalten. Das entspricht in etwa dem Umsatz eines international tätigen großen Unternehmens.

Im Interesse nachfolgender Generationen

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst.

Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden. Das Steuerplus ist nach wie vor nicht so groß, dass Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer verzichten können. Auch dem Argument, ein Verzicht auf die

Mehrwertsteuererhöhung würde die Wirtschaftsentwicklung noch einmal und zusätzlich so verbessern, dass es zusätzliche Steuereinnahmen in entsprechender Höhe gibt, kann eine verantwortliche und vorsichtige Finanz- und Haushaltspolitik nicht folgen.

Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden. Nur so ist die Politik möglich, die auch über den Tag hinaus trägt und die auch die Interessen nachfolgender Generationen berücksichtigt.

Die Kanzlerinnentanne aus Baiersbronn steht in Berlin



So wie Freudensadt in den vergangenen Jahren bereits zwei Weißtannen ins Kanzler(innen)amt stellen durfte, bringt es nun auch Baiersbronn auf die zweite: zehn Meter hoch, kerzengerade, ausladendes Geäst, 30 Jahre alt, mit roten Kugeln geschmückt. Bürgermeister Norbert Beck, begleitet vom ersten Beigeordneten Hans Alt, hatte vor zwei Jahren an selber Stelle den damaligen Kanzler Gerhard Schröder getroffen. Zum Schwarzwälder Tross gehörten Forstamtsleiter Dr. Martin Schreiner, Mitteltals Hotelier Hermann Bareiss sowie, wie in jedem Jahr, der Geschäftsführer der baden-württembergischen Forstkammer, Martin Bentele, und Sponsor Carl Glauner (Alpirsbacher Klosterbräu).

Impressum

Renate Gradistanac, MdB (V.i.S.d.P.)
Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73718
Fax (030) 227-76718
renate.gradistanac@bundestag.de